

Antrag

der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Internationale und europäische Klimaschutzoffensive 2007

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Klimaschutz ist die herausragende umweltpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts und eine der Kernaufgaben einer generationengerechten Politik. Der jüngste Bericht, der von wissenschaftlicher Seite der Vereinten Nationen dazu vorgelegt worden ist, zeigt überdeutlich: Das Zeitfenster wird zunehmend kleiner, um gegenzusteuern und das Ziel zu erreichen, die globale Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Alle Staaten dieser Welt sind aufgerufen, ihren Beitrag zum internationalen Klimaschutz zu leisten. Die globale Umweltsituation fordert entschlossenes Handeln der internationalen Staatengemeinschaft. Nur wenn wir heute handeln, werden nachfolgende Generationen akzeptable Lebensräume vorfinden. Die Folgen des globalen Klimawandels sind überdies eine ökonomische Bedrohung und gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand der Menschen. Folglich ist Klimaschutz auch eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Investition. Deutschland muss in der EU und der G8 in diesem Sinne deutliche Akzente setzen.

- Auf globaler Ebene hat bereits die russische G8-Präsidentschaft 2006 das Thema Energiesicherheit zu einem der Schwerpunkte erkoren. Aus ökologischer Sicht ist die Verknüpfung mit der Frage des Klimaschutzes unumgänglich.
 - Aus technologischer Perspektive verweist die Verknüpfung des Klimaschutzes mit der Frage der Energiesicherheit auf die jüngste Feststellung der Internationalen Energieagentur, wonach Energieeffizienz und

CO₂-freie Kohleverstromung die Verfahrensbereiche mit dem größten CO₂-Minderungspotenzial sind – noch vor den vieldiskutierten Fragen einer weiteren Nutzung der Kernenergie und der erneuerbaren Energien. Die Entwicklung und Einführung von sauberer Kohletechnologie muss – zumal mit Blick auf die riesigen Kohlevorkommen beispielsweise in China – beschleunigt werden. Im Übrigen gilt es, die Anstrengungen im Bereich „Anpassung an den Klimawandel“ insbesondere in den ärmsten Ländern deutlich zu verbessern. Denn selbst bei größten Anstrengungen lässt sich der Klimawandel nicht mehr verhindern, sondern nur noch – auch hinsichtlich der Auswirkungen – abmildern.

In diesem Sinne ist auch die technologieorientierte Klimaschutzpolitik nach dem Beispiel der u. a. von den USA initiierten „Asia-Pacific-Partnership“ von zentraler Bedeutung. Dies betrifft sowohl Technologien zur Verringerung von Treibhausgasemissionen als auch Technologien, die im Sinne einer passiven Klimapolitik der Anpassung an einen Klimawandel dienen. Dieser Technologiebereich wurde bisher im Rahmen der klimarelevanten Technologiepolitik unzureichend beachtet. Der Kyoto-Prozess muss um eine globale Technologiezusammenarbeit ergänzt werden. Überdies geht es um eine massive Erhöhung der Anstrengungen im Bereich der Energieforschung, um eine engere technologische Kooperation auf internationaler Ebene, um einen wirksamen Technologietransfer in die Schwellen- und Entwicklungsländer sowie um eine stärkere Exportförderung im Bereich der erneuerbaren Energien (z. B. Solaranlagen).

- Mit Blick auf die Zukunft des Kyoto-Protokolls und die Zeit internationaler Klimapolitik nach 2012 ist von entscheidender Bedeutung, dass der mit dem Kyoto-Protokoll begonnene Prozess auf internationaler Ebene in Gang gehalten wird und dass weitere Länder – insbesondere auch die USA – dazu bewegt werden, einem neuen globalen Abkommen beitreten. Als in diesem Sinne ermutigendes Signal ist die von mehreren amerikanischen Bundesstaaten jüngst geäußerte Absicht zu werten, innerhalb der kommenden Monate einen Handel mit Emissionszertifikaten einrichten zu wollen. Es gilt, solchen Initiativen aktiv die Hand zu reichen.

Dessen ungeachtet gilt: Um für alle Staaten dieser Welt attraktiv zu werden, muss das Kyoto-Protokoll vor allem wirtschaftlich leistungsfähig sein. Dies kann nur gelingen, wenn sichergestellt ist, dass für jeden eingesetzten Euro soviel Klimaschutz wie möglich erwirtschaftet wird. Dazu müssen die Kyoto-Instrumente (Emissionshandel, gemeinsame Implementierung/JI, Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung/CDM, Nutzung von Kohlenstoff-Senken) ihre Kräfte voll entfalten können. In diesem Sinne bedarf es im Rahmen einer Klimaschutzoffensive 2007 entschlossener Aktivitäten auf allen Ebenen. Die internationalen Instrumente des Klimaschutzes müssen konzeptionell weiterentwickelt werden, z. B. durch eine Öffnung des Mechanismus der gemeinsamen Implementierung für nationale Projekte, durch eine intensivere Nutzung des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung und von Waldsenkenprojekten sowie durch die Einbeziehung von Projekten zur Abscheidung und Einlagerung von CO₂ in geeigneten unterirdischen Lagerstätten. Ferner gilt es darauf hinzuwirken, dass neben Kohlendioxid auch die anderen Klimagase, die im Kyoto-Protokoll aufgeführt sind, so schnell wie möglich in den Emissionshandel einbezogen werden.

- Die europäische Politik muss ihre Prioritäten auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und CO₂-arme Kohleverstromung legen. Forschung und Anreizmechanismen müssen in diesem Sinne akzentuiert werden. Der beste Anreiz wäre eine Ausweitung des Emissionshandels im Sinne eines umfassenden sektorübergreifenden Marktes für Treibhausgasemissionen im euro-

päischen und internationalen Maßstab. Die bisherigen Resultate der klimapolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene zeigen einerseits, dass Deutschland auf einem guten Weg ist, das zugesagte Reduktionsziel zu erreichen, nämlich die Treibhausgasemissionen um 21 Prozent bis 2012 zu senken. Auch Großbritannien hat die Treibhausgasemissionen substanziell vermindert. Andererseits ist die EU in der Gesamtbetrachtung noch sehr weit davon entfernt, ihr Klimaschutzziel zu erreichen. Von der Vorgabe, im Zeitraum 1990 bis 2012 den Kohlendioxidausstoß um 8 Prozent zu verringern, hat die EU insgesamt bisher wenig mehr als 1,2 Prozentpunkte erreicht. Die Klimaschutzerfolge, die Deutschland und Großbritannien für die EU in den vergangenen Jahren erreicht haben, sind fast vollständig durch die Mehremissionen anderer EU-Länder, insbesondere Spaniens und Italiens, aufgezehrt worden. Dies kann auf die Dauer nicht akzeptiert werden: Wenn die Treibhausgasemissionen der EU dauerhaft in der Summe nahezu unvermindert – nur eben jenseits der Grenzen Deutschlands und Großbritanniens – stattfinden, droht dies die Klimaschutzanstrengungen klimapolitisch ad absurdum zu führen. Eine tatsächliche Verringerung der Treibhausgasemissionen kann nur durch europaweit und global koordiniertes Handeln erreicht werden. Dabei ist auf eine faire Lastenteilung zu achten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den internationalen Klimaschutz im Rahmen eines Post-Kyoto-Prozesses auf globaler Ebene voranzubringen, indem sie
 1. darauf hinwirkt, dass das drängende Ziel einer sicheren Energieversorgung systematisch und verbindlich mit dem Ziel des Klimaschutzes verknüpft wird;
 2. die globale Energieforschung und Technologiekooperation ausweitet, insbesondere für mehr Energieeffizienz, für eine intensivere Nutzung erneuerbarer Energien und CO₂-reduzierte Kohleverstromung (Clean Coal);
 3. ein globales System verpflichtender klimapolitischer Maßnahmen unter Einschluss insbesondere auch der USA und anderer G8-Staaten sowie auch Chinas und Indiens für die Zeit nach 2012 initiiert;
 4. initiativ wird, um Emissionshandelssysteme, die sich beispielsweise in den USA gegenwärtig außerhalb des Kyoto-Regimes bzw. in der Entstehung befinden, mit den Instrumenten des Kyoto-Protokolls zu verknüpfen und den konstruktiven Dialog mit den betreffenden Ländern zu suchen, um einen globalen Kohlenstoffmarkt zu erreichen;
 5. darauf hinwirkt, dass die flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls, insbesondere des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung und der Anrechnung von CO₂-Senken (insbesondere Aufforstung) verstärkt genutzt werden;
 6. darauf hinwirkt, dass der Ausbau von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorangetrieben wird, um die ökonomischen und ökologischen Schäden zu verringern;
 7. darauf hinwirkt, unverzüglich alle Kyoto-Mechanismen im Rahmen der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik zu nutzen und im Sinne einer weiteren Kostensenkung weiterzuentwickeln (siehe dazu den Antrag der Fraktion der FDP vom 14. Dezember 2005 „Klimaschutz-offensive 2006“, Bundestagsdrucksache 16/242);
 8. durch konkrete Maßnahmen darauf hinwirkt, dass Deutschland als High-Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentriert, energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen. Hier geht es vor-

- dringlich um eine Steigerung der Energieeffizienz, um erneuerbare Energien, modernste Abscheide- und Einlagerungstechniken für Treibhausgase sowie darum, mit dieser Hochtechnologie weltweit zum Klimaschutz beizutragen;
9. Partnerschaften zwischen G8-Staaten und geeigneten Entwicklungs- und Schwellenländern zur Schaffung von sog. Modellländern anregt, um die Potenziale einer breiten und dem jeweiligen Land angepassten Anwendung erneuerbarer Energien für den globalen Einsatz zu demonstrieren;
 10. die technologische Kompetenz Deutschlands auch im Bereich der Kerntechnik zu erhalten und weiterzuentwickeln und Know-how aus Deutschland – insbesondere auch mit Blick auf die Sicherheit kerntechnischer Anlagen – in internationalen Kooperationen zu erhalten und auszubauen, weil die Kernenergie als Übergangstechnologie für den Klimaschutz auf mittlere Sicht unverzichtbar ist.
- den Klimaschutz auf europäischer Ebene voranzubringen, indem sie darauf hinwirkt, dass
1. Energiesicherheit und Klimaschutz im Sinne des von der EU-Kommission am 10. Januar 2007 vorgelegten Maßnahmenpakets „Energy for a Changing World“ und der Vorschläge der Kommission zu einer Energiepolitik für Europa integriert werden. Für die Zeit nach 2012 sind verbindliche Ziele für die Begrenzung von Treibhausgasemissionen auf den Weg zu bringen und möglichst alle Industrie- und Schwellenländer zur Teilnahme an einer solchen Post-Kyoto-Vereinbarung zu bewegen;
 2. die wirtschaftliche Attraktivität der flexiblen Kyoto-Instrumente erhöht wird, auch durch die Anerkennung von CO₂-Senken (z. B. Aufforstungsprojekte). Außerdem sollten neue Entwicklungen z. B. auf Ebene der US-Bundesstaaten genutzt, Technologiekoooperationen eingegangen sowie als Übergang bilaterale oder sektorale Zielvereinbarungen erwogen werden;
 3. das Ziel verbindlich fixiert wird, dass die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Dazu muss die EU ihre Prioritäten auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und CO₂-arme Kohleverstromung legen;
 4. der Luftverkehr sowie darüber hinaus der gesamte Verkehrssektor in das bestehende EU-Emissionshandelssystem integriert werden, kein separates Handelssystem aufgebaut und zugleich internationale Verhandlungen zur Einbindung des Luftverkehrs in globale Klimaschutzkonzepte aufgenommen werden;
 5. die Wärmegewinnung für Gebäude für die Zeit nach 2012 in den Emissionshandel einbezogen wird;
 6. neben Kohlendioxid auch die anderen Klimagase, die im Kyoto-Protokoll aufgeführt sind, so schnell wie möglich in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden. Damit würden die für den Klimaschutz erbrachten Vorleistungen entsprechend berücksichtigt und die Vorteile des Emissionshandels umfassend genutzt;
 7. eine Innovationsoffensive für saubere Energie ins Leben gerufen wird, die auch für die deutsche Wirtschaft mit ihrer Technologieführerschaft Wettbewerbsvorteile sichern kann. Die Bundesregierung sollte daher auf europäischer Ebene eine Forschungsinitiative für Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie die CO₂-reduzierte Kohleverstromung voranbringen;
 8. im Rahmen der Mittelmeerpolitik der EU die Nutzung der Solarenergie in sonnenreichen Ländern Europas gezielt gefördert wird, z. B. durch Programme für Photovoltaik in Inselregionen sowie durch Pilotprojekte zum

Bau solarthermischer Kraftwerke. Die Energiemärkte sind weiter zu öffnen, um die grenzüberschreitende Nutzung erneuerbarer Energien ebenso zu fördern wie dezentrale Versorgungskonzepte;

9. die Exportförderung für erneuerbare Energien, die Beratung von Entwicklungs- und Schwellenländern in energiepolitischen Fragen sowie der Einsatz erneuerbarer Energien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit intensiviert und besser koordiniert wird;
10. für künftige Verpflichtungsperioden die Abstimmung zum Vergabeverfahren zwischen EU-Kommission und den europäischen Partnerländern transparenter, klarer und vorhersehbarer gestaltet wird als dies bisher der Fall gewesen ist.

Berlin, den 6. März 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

